

Appell gegen Armut

EU-Politiker diskutierten mit Experten und Publikum zur europäischen Außenpolitik

LÜNEN. Europas Politik hat erhebliche Auswirkungen auf viele, vor allem arme Länder außerhalb unseres Kontinents. Das ist nicht nur eines der Erkenntnisse aus der Diskussionsrunde von Donnerstagabend zwischen EU-Parlamentskandidaten, Experten und Gästen. Der Satz war auch als Appell – nicht nur an die Politik – gedacht.

„Was tut europäische Politik gegen Armut und Flucht?“ – die zentrale Frage des Abends klang zunächst sehr weit entfernt von den lokalen und bundespolitischen Themen, über die deutlich häufiger im Alltag diskutiert wird. Trotzdem – oder gerade deshalb – bis auf einzelne freie Plätze war die Aula der Geschwister-Scholl-Gesamtschule voll. Eine Diskussion zur Europawahl am 25. Mai sollte zwischen den Besuchern, den

beiden Experten des Hilfswerks Misereor und des Flüchtlingsrats NRW und den drei Mitgliedern des EU-Parlaments entstehen.

Zu den Erklärungen von Kirsten Eichler (Flüchtlingsrat NRW) und Benjamin Luig (Misereor) nahmen Renate Sommer von der CDU, Birgit Sippel von der SPD und Grünen-Mitglied Peter Alberts Stellung. Die Diskussion folgte einem strikten Zeitplan. Den Experten blieben wenige Minuten Zeit, um einige Probleme der europäischen Außenpolitik anzusprechen. Dazu gehörten unmenschliche

Bedingungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen an den Außengrenzen der EU – unter anderem in Griechenland und Italien, aber auch die schwierige Situation beim Asylverfahren, das es gerade Flüchtlingen schwer macht, in ein bestimmtes EU-Land einzureisen.

Komplexe Probleme

Noch kürzer mussten sich die drei EU-Politiker fassen. Zwei Minuten Zeit hatten sie für ihre Antwort auf sehr komplexe Probleme. Inhaltlich gab es dabei keine Überraschungen bei den Antworten. Renate

Sommer hielt die EU-Regelungen grundsätzlich für ausreichend. Die Christdemokratin bekam den meisten Widerstand aus dem Publikum. Einige Anpassungen, wie die freie Länder-Wahl für Flüchtlinge wären in den Augen von Birgit Sippel nötig und Peter Alberts sprach von einer „ausbeuterischen Politik der EU“ und einem „System von illegalen Menschen“, das abgeschafft werden müsse.

Einiges Nicken herrschte am Ende bei der Frage von Ulrich Weber von der Lünen Initiative gegen globale Armut (LIGA): „Warum müssen arme Länder ausgebeutet werden und damit Menschen zur Flucht gezwungen werden?“ Dafür müsse lediglich jeder Einzelne auf einen Teil seines Wohlstands verzichten.

Karim.Laouari

@ruhrnachrichten.de

📍 Gemeinsam organisiert

■ **Die Diskussionsrunde** wurde organisiert von der Lünen Initiative gegen globale Armut (LIGA), dem Arbeitskreis Flüchtlinge, dem Multikultu-

rellen Forum und der Europa-Union Deutschland.

■ **Im Publikum** saßen Vertreter von Parteien, Gruppen aber auch zahlreiche Schüler.

Ruhr Nachrichten vom 29. März 2014:



Dr. Renate Sommer (CDU, l.), Peter Albers (Grüne) und Birgit Sippel (SPD) diskutierten mit den Gästen unter anderem über die europäische Flüchtlingspolitik.

RN-Foto Laouari